



Mehr Power für schwache Windregionen

Mit dem Projekt WinWind lässt die EU-Kommission die Hindernisse beim Ausbau der Windenergie und die besten Lösungsmöglichkeiten dafür erforschen. Das erste Treffen der deutschen Projektgruppe fand am gestrigen Donnerstag in Berlin statt. Es wurde klar: Auch zwischen den schwachen Windausbauländern Thüringen und Sachsen gibt es große Unterschiede. Und die Debatte ist zunehmend politisiert.

Die EU-Kommission will herausfinden, wie Hindernisse für den Ausbau der Windkraft an Land beseitigt werden können. Ziel des Forschungsprojekt [WinWind](#) ist, in windenergieschwachen Region die **gesellschaftlichen Akzeptanz für die Windenergie** zu fördern. Gemeint sind Regionen mit wenig Windkraftanlagen. **Potenzial** gibt es dort durchaus. Weht etwa der **Böhmische Wind**, kann ein Windrad mehr Ertrag liefern als in Norddeutschland, berichtet **Wolfgang Daniels**, Präsident der Vereinigung zur Förderung der Nutzung Erneuerbarer Energien in Sachsen. Bei WinWind stehen je **zwei Zielregionen** mit schwachem Ausbau **zwei Modellregionen** mit starkem Ausbau gegenüber. In Deutschland sind dies die **Thüringen** und **Sachsen** beziehungsweise **Schleswig-Holstein** und **Brandenburg**.

Noch **fünf andere EU-Mitgliedsstaaten** sind in das Projekt eingebunden: Italien, Litauen, Norwegen, Polen und Spanien, jeweils auch mit schwachen und vorbildlichen Regionen. Koordiniert wird das Projekt vom Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) der Freien Universität Berlin unter der Leitung von [Rosaria Di Nucci](#). Fördermittel kommen aus dem EU-Programm Horizont 2020. Eingebunden in die Arbeitstreffen werden Projektentwickler, Regionalplaner, Energieagenturen und weitere Akteure. Die **Bürgerinitiativen gegen Windkraft** wurden bewusst nicht eingeladen, sagte **Gabi Zink-Ehlert** von Seecon Ingenieure, einem der Projektpartner. „Das wäre sonst eine andere Diskussion“, meinte sie etwas vage.

Nun ist es nicht so, dass es bisher keine **Forschung zur Akzeptanz von erneuerbaren Energien** gibt, räumte **Michael Krug** vom FFU zum Auftakttreffen von WinWind ein. Einschlägig sind etwa die Arbeiten von [Petra Schweizer-Ries](#) von der Uni Bochum. Der Ablauf jedoch, bei dem Akteure aus verschiedenen Regionen voneinander lernen, überzeugte sowohl die Brüsseler **Generaldirektion Energie** als auch die **Generaldirektion Forschung**. „Die Ergebnisse sollen zur Weiterentwicklung der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie beitragen“, berichtete Di Nucci von ihren Gesprächen in Brüssel. Am Ende von WinWind werden konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik auch in den Zielregionen stehen.

In **Thüringen** erweiterte die rot-rot-grüne Landesregierung nach der Wahl 2014 die [Thüringer Energie- und Greentechagentur](#) (Thega) um eine Servicestelle Windenergie. Sie berät seitdem Bürger und Kommunen, in denen Windenergieprojekte geplant sind. Außerdem vergibt sie das Siegel „Faire Windenergie“. Die Leiterin der Servicestelle, **Ramona Notroff**, berichtete: „Projektierer, die das Siegel bekommen wollen, müssen Kommunen wirtschaftlich direkt beteiligen.“ Rund fünf Prozent der Pacht für **soziale Zwecke** abzuführen, ist üblich. Eigentümergemeinschaften, die sich unter der Anleitung der Thega bilden,

entscheiden jedes Jahr neu über die Verwendung der Mittel. Im kleinen Ort **Neckeroda** beispielsweise wird davon ein Fahrdienst für Senioren finanziert.

Dennoch geht es in den Kommunen hoch her, wenn neue Windparks geplant sind. Vor allem die **AfD** versuche, aus dem Thema Profit zu schlagen und mache Stimmung gegen die Windkraft, berichten mehrere Teilnehmer übereinstimmend. Aber auch die **CDU** habe die **Windkraft als „Gegenthema“** ausgemacht – allerdings mit weniger Glaubwürdigkeit, weil ja die Bundespartei für die Windkraft sei.

Aus **Sachsen** berichtete Wolfgang Daniels, dass die Ausbauziele wenig ambitioniert seien und die Umsetzung sehr langsam. „Wenn wir endlich mal zwei, drei **Bürgerenergieprojekte** schaffen würden, hätte das ein starke Wirkung auf die Kommunen“, sagte er.

Noch zweimal wird sich die deutsche WinWind-Gruppe treffen und außerdem dreimal zu **Themenworkshops** zusammenkommen. Vorschläge dafür sind Wind im Wald, Regionalplanung, Bürgerbeteiligung oder freiwillige Selbstverpflichtungen kontra gesetzliche Regelungen. Die Politikempfehlungen sollen im März 2020 vorliegen. Für ihre **Verbreitung** wird das Städte- und Gemeindebündnis [ICLEI](#) sorgen.